

Post aus Berlin

Newsletter der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD



Unwissenschaftlichkeit bei den wissenschaftlichen Ratgebern



Rainer Kraft, MdB
Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann
 - Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ordentliches Mitglied
 - Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
 - Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

@ rainer.kraft@bundestag.de

f /rainer-kraft-115152229053025

Zu den wissenschaftlichen Beratern der Bundesregierung zählt auch der Sachverständigenrat in Umweltfragen, kurz Umweltrat. Dieser berät seit 1970 die Bundesregierung in Umweltfragen. Vergangene Woche waren Vertreter des Umweltrates zu Gast im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit um diverse Themen zu besprechen. Uns AfD Vertretern hat dabei der Anspruch des Umweltrates, ausschließlich faktenbasiert zu argumentieren, sehr gefallen, ist dies doch die Art in der wir unsere Art Politik zu machen sehen.

Als aber das Thema auf die NOx Emissionsgrenzwerte und die vermeintlichen Toten durch Stickoxide zu sprechen kam eskalierte die Situation. Die Vorsitzende des Umweltrates, Frau Prof. Dr. Hornberg von der Universität

Bielefeld, erklärte dass sie dieser Diskussion überdrüssig sei und dass doch bitte die Zweifler ihre Beweise vorlegen sollten, dass NOx in diesen Dosierungen unschädlich sei.

Da hat es uns dann doch den Atem verschlagen. Denn in der Wissenschaft ist das Führen eines Negativbeweises nicht möglich. Man kann zwar einen behaupteten Effekt zeigen und beweisen, aber niemals dessen nicht Existenz.

Frau Dr. Hornberg hat damit aber den vom Umweltrat selbst erhobenen Anspruch faktenbasiert zu handeln, verlassen. Unter diesen Umständen bleibt nur die Forderung, den Umweltrat aufzulösen oder aber, als Minimalforderung, neu zu besetzen.

Aktueller Stand Wahlrechtsreform

Tobias Peterka, MdB
stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- **Stellv. Vorsitzender**

- Unterausschuss Europarecht

- **Ordentliches Mitglied**

- Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
- Mitglied im Fraktions-Arbeitskreis Wahlrechtsreform

@ tobias.peterka@bundestag.de

f /tobiaspeterka

Die Reform des Bundeswahlrechts mit dem Ziel, den Bundestag auf unter 470 Mitglieder festzusetzen, ist Programmlage der AfD. Ebenfalls fordert das Grundsatzprogramm, dass eine sog. freie Listenwahl ermöglicht werden soll. Daher bietet sich eine weitgehende Übertragung des bayerischen Modells an. Über einen ersten Vorstoß meinerseits hatte ich schon berichtet.

Die AfD benötigt nun endlich einen eigenen Ansatz, um damit in die höchst geheim tagende „Schäuble-Kommission“ gehen zu können. Diese parteiübergreifende Reform-Kommission erlaubt keinerlei Notizen oder Protokolle. Man will schlussendlich nicht wirklich zu Lösungen kommen - meiner Meinung nach. Die anderen Parteien schlagen lustlos vage Dinge wie die Vergrößerung der bereits großen Wahlkreise vor.

Innerhalb der Fraktion wird in den nächsten Wochen hoffentlich festgelegt, inwiefern man an einer Stimmenaddition wie in Bayern festhalten will, Direktmandate genau begrenzt und ob man sogar das „Kumulieren und Panaschieren“ erlaubt. Also mehrere Kreuze auf der Liste zur Verfügung stellt, die ggf. sogar auf einen Kandidaten „gehäuft“ werden dürfen.

Dass das reine bayerische Wahlrecht auch seine Nachteile hat (Kandidatentourismus, etc.) haben wir bei der Landtagswahl gesehen. Das Modell einer reinen Verhältniswahl über die Zweitstimme, bei gleichzeitiger Kürzung der Direktmandate auf die besten Erststimmenergebnisse innerhalb der Parteien, dürfte einen guten Kompromiss darstellen. Mehrere Kreuze mildern Effekte bei bloßer Sympathie im Hinblick auf gewisse Berufe ab.



Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

• Obmann

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

@ protschka.stephan@bundestag.de

f /protschka.stephan

www.stephan-protschka.de

AfD wirkt – dies haben wir nach einem Jahr im Bundestag mehrfach erfahren können. Wir können tagtäglich miterleben, wie die Altparteien eine Idee nach der anderen kopieren – allerdings in bescheidener Qualität - sei es bei der Zuwanderungsfrage, bei den sozialen Themen oder bei Fragen, die die tägliche politische Agenda nicht maßgeblich bestimmen, aber den Menschen in unserem Land trotzdem wichtig sind. Mir persönlich liegen die Sorgen, Nöte und Probleme der Vertriebenen, insbesondere der Sudetendeutschen, sehr am Herzen, da meine Familie auch sudetendeutsche Wurzeln hat.

So stellte ich auch im Mai eine „Kleine Anfrage“, die die Beziehung der Bundesregierung zu Tschechien näher beleuchten soll. Neben der weiteren Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Tschechien, ist mir auch die Frage nach den sogenannten Benes-Dekreten wichtig. Denn nur auf Basis einer aufrichtigen Versöhnung funktioniert eine ehrliche Zusammenarbeit.

Die Antwort des Innenministeriums fasst die jahrzehntelange Politik in der sudetendeutschen Frage gut zusammen: „Beide Seiten stimmen darin überein, dass das began-

gene Unrecht der Vergangenheit angehört und werden daher ihre Beziehungen auf die Zukunft ausrichten“. In anderen Worten: Uns interessiert das Unrecht der Vergangenheit nicht.

Auf dem diesjährigen Sudetendeutschen Tag, der ein Heimspiel der CSU war, ließ man wie alle Jahre verlauten, dass man das zarte Pflänzchen der Versöhnung nun endlich aufblühen lassen wolle. Da muss man sich unwillkürlich fragen, wenn nach 70 Jahren noch immer nichts blüht, ob das Pflänzchen noch lebt. Immerhin war der tschechische Botschafter erstmalig in der Geschichte der Sudetendeutschen Tage anwesend, aber von der Thematisierung der Benes-Dekrete natürlich keine Spur.

Umso erstaunter war ich, als der neue Heimatminister am „Tag der Heimat“ davon sprach, dass die „Unrechtsdekrete“ nicht zum Wertekanon Europas gehörten, und daher zu beseitigen seien. So schnell kann die Union ihre Position ändern. Solche Momente zeigen einmal mehr: Es braucht uns dringend im Bundestag. Wir nehmen unseren Auftrag umso ernster und werden weiterhin eine starke Oppositionsarbeit leisten! Auf uns können Sie zählen.



Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltsausschuss (Vorsitzender)
- Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion
- Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

@ peter.boehringer@bundestag.de

f /Peter.BoehringerCom

www.pboehringer.de

Preiskontrollen – ein zutiefst sozialistisches Konzept!(Teil 1)

Es ist eine Binsenweisheit für alle Ökonomen außer sozialistischen Planwirtschaftlern: Wer Preisobergrenzen einführt, handelt anti-marktwirtschaftlich und in letzter Konsequenz sogar totalitär und inhuman. Denn die existenziell wichtige Funktion jedes Marktes ist es, Angebot und Nachfrage über einen Gleichgewichtspreis zur Deckung zu bringen; d.h. die freien Willensentscheidungen von Millionen von Menschen auf der Angebots- und der Nachfrageseite. Mit staatlicher Gewalt erzwungene Preisobergrenzen sind nicht nur per Definition aggressive Akte gegen das Eigentumsrecht, sondern vor allem produktionshemmend und damit potenziell gefährlich für die menschliche Wohlfahrt.

Dies gilt auch und gerade für das Grundbedürfnis „Wohnen“. Mietpreis-Obergrenzen sind damit zwar eine von kurzfristig denkenden Politikern oder fehlgeleiteten Ökonomen regelmäßig als „wohltätig“ und „mieterfreundlich“ verkaufte Maßnahme – die jedoch in der Praxis das exakte Gegenteil des Behaupteten bewirkt: Mietwohnungsmangel und flächendeckender Substanzverfall sind schon nach wenigen Jahrzehnten sichere Ergebnisse dieser Gottspielerei im Immobilienmarkt: Für Hausbauer und Vermieter kommen solche Maßnahmen einer teilweisen Enteignung gleich. Sie unterlassen dann mangels Rentabilität Neubauten und reinvestieren nur noch viel zu wenig Kapital in unrentable Bestands-Mietwohnungen.

Das Ergebnis konnte man am besten in der DDR ab den 1960er Jahren beobachten. In den 80ern war die Situation dann derart schlimm geworden, dass die (nicht nur dem Freiheitsdrang der Menschen, sondern auch ihrer materiellen Not geschuldete) Revolution 1989 durchaus auch Ergebnis des totalen Verfalls der Städte war. Der Zustand der Mietwohnungen war dabei besonders schlecht, denn die Mietpreise waren in der DDR auf dem Stand von 1936 (!) eingefroren worden. Dieses Jahr ist kein Zufall: Just 1936 hatten die braunen Vorgänger der roten SED-So-

zialisten eine radikale Mietpreiskontrolle verfügt: Die sogenannte „Preisstopverordnung“ vom 20. April 1936 war sozusagen ein Geburtstagsgeschenk für den braunen sozialistischen Führer. Der NSDAP-Funktionär Heinrich Lampe erklärte damals: „Der NS-Staat wird die Wirtschaft führen und deshalb auch Anspruch auf Festsetzung der Mieten erheben.“ Die fatalen Auswirkungen dieser Maßnahme waren im national-sozialistischen Reich in der kurzen Zeit bis 1939/45 unter Kriegsbedingungen nicht mehr erkennbar. Sehr wohl aber dann im roten SED-Reich der DDR.

Leider ist die „Mietpreiskontrolle“ als vermeintliche Wohltat auch bei den Neosozialisten der heutigen SPD nicht ausgestorben (bei der „Linken“ als SED-Nachfolgepartei ohnehin nicht). Finanzminister Scholz und Fraktionschefin Nahles fordern seit einigen Monaten dieses unselige Instrument auch für die BRD von 2018. Den historisch völlig korrekten Verweis auf die gescheiterten Experimente dieses sozialistischen Zwangsmittels seit 1936 hört man aber gar nicht gerne. Als ich dies in der Bundestags-Haushaltsdebatte vom 14. September 2018 aussprach www.youtube.com/watch?v=nkq1xQiKRXg, gab es ein lautes Aufheulen bei den Genossen. Betroffene Hunde bellen – und offenbar würde man die bei SPD-Übervater Brandt noch bekannte Wahrheit zur Nähe von roter und brauner sozialistischer Politik gerne verdrängen: „Das sozialistische Element im Nationalsozialismus muss von uns erkannt werden.“





Johannes Huber, MdB

Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann
 - Petitionsausschuss
- Ordentliches Mitglied
 - Kinderkommission
 - Familienausschuss (Stv. Mitglied)
 - Schriftführer



/Johannes.Huber.AfD



@ johannes.huber@bundestag.de

Öffentliche Anhörung der Lengsfeld-Petition trägt zur Verlängerung der Grenzkontrollen bei

Am Montag, den 08.10.2018 wurde im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags lang ersehnt die „Erklärung 2018“ von Vera Lengsfeld, Henryk M. Broder und vielen Tausend Mitzeichnern angehört, um die Rechtmäßigkeit an den deutschen Grenzen wiederherzustellen.

www.jungefreiheit.de/politik/deutschland/2018/grosser-andrang-petitionsausschuss-beraet-ueber-erklaerung-2018/

In der Sitzung konnte auf meine Frage, ob Innenminister Seehofer (CSU) die Verlängerung von Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze über den 12. November 2018 hinaus durchsetzen und auf weitere Landgrenzen erweitert werde, der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Krings (CDU) dies nicht sicher zusagen. Die AfD-Forderung nach flächendeckenden Grenzkontrollen ist dabei nicht zuletzt nach Ansicht eines wissenschaftlichen Gutachtens möglich und hat es zuletzt zwischen dem 12. Juni und dem 11. Juli 2017 anlässlich des G-20-Gipfels in Hamburg gegeben.

Wenige Tage nach der öffentlichen Anhörung kam dann die Meldung, dass die Grenzkontrollen an der bayerisch-österreichischen Grenze – die regelmäßig nur an 3(!) Grenzübergängen kontrolliert wird – verlängert werden. Daran erkennt man, dass die AfD im Bundestag auch in der Opposition wirkt!

www.tagesschau.de/inland/grenzkontrollen-bayern-105.html

In der öffentlichen Anhörung musste der PSts Krings

mit Verweis auf den Schengener Grenzkodex auch einräumen, dass es weiterhin zu einer wesentlichen illegalen Migration über die deutschen Grenzen kommt, auch von Personen, gegen die ein Wiedereinreiseverbot für Deutschland besteht. „Allein im letzten Jahr 2017 wurden – ungeachtet der Dunkelziffer – über 50.000 illegale Grenzübertritte an der deutschen Grenze festgestellt, in Deutschland halten sich Stand 30.06.2018 über 690.000 abgelehnte Asylbewerber auf, nahezu täglich kommt es zu Messerangriffen auf deutschen Straßen und es wurden bereits Terroranschläge von illegal eingereisten Migranten verübt“, so meine Stellungnahme im Ausschuss im Hinblick auf die anhaltend angespannte sicherheits- und migrationspolitische Lage.

Die pauschale Ministeranordnung, auf Zurückweisungen an der deutschen Grenze im Falle eines Asylgesuchs zu verzichten, wird trotzdem von Innenminister Seehofer bis dato ohne notwendige normative Grenzen seitens der Bundesregierung aufrechterhalten, obwohl das Transitland Österreich ein sicherer Drittstaat ist. Die „Flüchtlinge“ sind dort bereits vor Verfolgung sicher und daher ist eine Übernahme von Asylsuchenden aus humanitären Gründen nicht notwendig. So drückte sich Staatssekretär Krings in der Anhörung auch vor der Antwort, wie lange diese Ausnahmeregelung der Ministeranordnung weiter gilt und wann sie vom Innenministerium zurück genommen wird. Wegen dieser fehlenden Beweiskraft, dass die Anordnung notwendig sei, fordert die AfD von Innenminister Seehofer deren sofortige Rücknahme!



**Gefällt Ihnen unser
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag